

Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
1 Die Einschätzungen der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.....	2
1.1 Struktur der Stichprobe.....	2
1.2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes.....	5
1.3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum.....	13
1.4 Wichtige Herausforderungen für die Kommunen.....	16
1.5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort.....	21
1.6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt.....	24
1.7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen.....	26
1.8 Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts.....	31
2 Zusatzerhebung: Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW.....	39
2.1 Struktur der Stichprobe.....	39
2.2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes.....	41
2.3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum.....	45
2.4 Wichtige Herausforderungen in den Städten und Gemeinden.....	47
2.5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort.....	50
2.6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt.....	52
2.7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen.....	53
2.8 Die Zukunft der Ortsvorsteherinnen.....	55
3 Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse.....	59

Vorbemerkung

Im Auftrag der Körber-Stiftung hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine Befragung von ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Deutschland durchgeführt.

Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden zu ihrer Motivation zur Ausübung ihres Amtes, den Rahmenbedingungen des Ehrenamtes sowie zu aktuellen Themen und Herausforderungen in ihrer Gemeinde befragt. Weitere Themen der Befragung waren unter anderem die wahrgenommene gesellschaftliche und politische Stimmung in den Kommunen, die Wertschätzung und Anerkennung des Ehrenamtes, Erfahrungen mit Bedrohungen und Gewalt im Rahmen der eigenen Arbeit sowie die Möglichkeiten zur Gewinnung von Nachwuchskräften.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.549 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) repräsentativ befragt.

Ergänzt wurde dieses Meinungs- und Erfahrungsbild durch eine zusätzliche Befragung unter 250 ehrenamtlichen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern in Nordrhein-Westfalen.

Die Erhebungen wurden vom 17. Januar bis zum 21. Februar 2024 als Online-Befragung durchgeführt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1 Die Einschätzungen der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

1.1 Struktur der Stichprobe

Aufgrund der unterschiedlichen Regelungen in den Kommunalverfassungen der Bundesländer und der großen Unterschiede bei der Zahl der Gemeinden zwischen einzelnen Ländern gibt es in einigen Bundesländern recht viele, in anderen nur wenige und in einigen Bundesländern überhaupt keine ehrenamtlich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Dementsprechend entfällt über ein Drittel der durchgeführten Interviews mit ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Gemeinden in Rheinland-Pfalz (38 %).

19 Prozent der befragten Amtsträgerinnen und Amtsträger sind in Bayern, 14 Prozent in Schleswig-Holstein und 10 Prozent in Niedersachsen tätig.

Jeweils weniger als 10 Prozent der Befragten sind Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin einer Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern (7 %), Thüringen (5 %), Brandenburg (3 %), Sachsen (2 %), Sachsen-Anhalt (2 %) oder Baden-Württemberg (1 %).

41 Prozent der Befragten sind Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin einer Gemeinde mit weniger als 1.000 Einwohnern. 37 Prozent stehen einer Gemeinde mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern vor, 22 Prozent einer Gemeinde mit 2.000 oder mehr Einwohnern.

Struktur der Stichprobe I: Bundesland und Ortsgröße

		%
Bundesland:	Baden-Württemberg	1
	Bayern	19
	Brandenburg	3
	Mecklenburg-Vorpommern	7
	Niedersachsen	10
	Rheinland-Pfalz	38
	Sachsen	2
	Sachsen-Anhalt	1
	Schleswig-Holstein	14
	Thüringen	5
Ortsgröße (Einwohner/innen):	unter 1.000	41
	1.000 bis unter 2.000	37
	2.000 und mehr	22

Unter den Befragten finden sich – wie auch unter hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – deutlich mehr Männer (83 %) als Frauen (16 %).

Nur sehr wenige der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind jünger als 40 Jahre (5 %).

15 Prozent sind zwischen 40 und 49 Jahre, 33 Prozent zwischen 50 und 59 Jahre.

Fast die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (47 %) ist 60 Jahre oder älter.

Eine sehr große Mehrheit der Befragten (85 %) wohnt seit mindestens 20 Jahren in dem Ort, in dem sie Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin sind.

Struktur der Stichprobe II: Geschlecht, Alter, Wohndauer im Ort

		%
Geschlecht:	Männer	83
	Frauen	16
	„divers“	0
Alter:	unter 40 Jahre	5
	40 bis unter 50 Jahre	15
	50 bis unter 60 Jahre	33
	60 bis unter 70 Jahre	37
	70 Jahre und älter	10
Im Ort wohnhaft seit:	weniger als 5 Jahren	3
	5 bis unter 10 Jahren	3
	10 bis unter 20 Jahren	8
	mindestens 20 Jahren	85

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

Insgesamt 10 Prozent der Befragten haben einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss.

30 Prozent haben einen mittleren Bildungsabschluss und insgesamt 56 Prozent verfügen über Abitur oder einen Hochschulabschluss.

Zwei Drittel (65 %) sind neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin erwerbstätig. Ein Drittel (33 %) geht keiner Erwerbstätigkeit nach.

Struktur der Stichprobe III: Bildungsabschluss, Erwerbstätigkeit

		%
Bildungsabschluss:	ohne Haupt-/ Volksschulabschluss	1
	Haupt- oder Volksschulabschluss	10
	Mittlere Reife, Abschluss der Polytechnischen Oberschule	30
	Abitur, Fachhochschulreife	18
	Fach-/Hochschulabschluss	38
	anderer Abschluss	3
Erwerbstätigkeit:	ja, in Vollzeit	46
	ja, in Teilzeit	19
	nein	33
Berufliche Stellung:	Selbstständig, Freiberufler(in)	19
	Beamter/ Beamtin	12
	Angestellte(r)	31
	Arbeiter(in)	3
	Sonstiges	1
	keine	33

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

Die Hälfte der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist Mitglied einer politischen Partei, die andere Hälfte gehört keiner politischen Partei an.

1.2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes

Zu Beginn der Befragung wurden die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister danach gefragt, wie zufrieden sie insgesamt mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit sind.

Die Hälfte der Befragten (49 %) ist mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes insgesamt sehr bzw. eher zufrieden. Ebenso viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (50 %) geben allerdings an, mit den Rahmenbedingungen eher bzw. sehr unzufrieden zu sein.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in dieser Frage innerhalb der westlichen Bundesländer: Während jeweils 60 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zufrieden sind, äußern das nur 36 Prozent der Befragten in Rheinland-Pfalz.

Ähnlich große Unterschiede im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen zeigen sich weder zwischen den verschiedenen Gemeindegrößenklassen noch in Abhängigkeit von den persönlichen Merkmalen der Befragten.

Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen des Amtes

Mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit sind derzeit alles in allem

		sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
		%	%	%	%
insgesamt		6	43	40	10
Ost		3	41	47	8
West		6	43	39	11
Schleswig-Holstein		8	52	30	8
Niedersachsen		10	50	31	8
Rheinland-Pfalz		4	32	48	15
Bayern		7	54	32	7
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	5	43	41	11
	1.000 bis unter 2.000	6	47	40	7
	mindestens 2.000	7	35	41	16
Männer		6	44	39	11
Frauen		4	38	47	10
unter 50 Jahre		4	41	45	10
50 bis 59 Jahre		6	39	41	13
60 bis 69 Jahre		6	47	38	9
70 Jahre und älter		9	43	36	12
Erwerbstätigkeit:	ja	6	41	42	11
	nein	6	47	36	10

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Offen und ohne Vorgaben nach ihrer Motivation für das Amt gefragt, nennt die große Mehrheit der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Aspekte, die unmittelbar mit der Gemeinde zusammenhängen, der sie vorstehen.

72 Prozent führen an, dass sie die Gemeinde weiterentwickeln und mitgestalten möchten (z.B. die Lebens- und Wohnqualität verbessern, den Ort begrünen oder die Gemeinde generell „zu einem besseren Ort machen“). 45 Prozent geben an, dass sie sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen möchten, z.B. indem sie als Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerin fungieren oder den Zusammenhalt fördern. 10 Prozent sprechen von ihrer Heimatverbundenheit bzw. ihrer Identifikation mit der Gemeinde.

6 Prozent wollen (auch) die Demokratie stärken bzw. politisches Vertrauen wiederherstellen, 5 Prozent führen ihre eigene gute Eignung für das Amt bzw. den Mangel an anderen (geeigneten) Kandidatinnen bzw. Kandidaten an. Ebenfalls 5 Prozent sagen, dass sie (politische) Verantwortung übernehmen möchten.

10 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geben als Motivation an, dass sie generell gerne mit Menschen in Kontakt sind. 5 Prozent sagen, dass ihnen das Amt generell Freude bzw. Spaß bereitet.

Motivation für das Amt

Die wichtigsten Gründe, sich im Amt zu engagieren, sind:

insgesamt

%

Die wichtigsten Gründe, sich im Amt zu engagieren, sind:	insgesamt %
Weiterentwicklung/ Gestaltung (der Gemeinde)	72
Einsatz für Mitbürgerinnen und Mitbürger	45
Heimatverbundenheit	10
Demokratie stärken	6
eigene Eignung, Mangel an alternativen Kandidaten bzw. Kandidatinnen	5
Verantwortung übernehmen	5
Vorbild sein	3
(politisches) Interesse, Vielfalt der Aufgaben	3
„der Gesellschaft etwas zurückgeben“	1
Kontakt zu Menschen, mit Menschen zusammenarbeiten	10
Spaß/Freude allgemein	5
zeitliche/finanzielle Rahmenbedingungen	2

offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

Nur wenige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (15 %) schätzen den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes auf unter 10 Stunden in einer durchschnittlichen Woche ein. 34 Prozent der Befragten wenden nach eigener Schätzung wöchentlich 10 bis 20 Stunden für ihr Amt auf; 25 Prozent 20 bis 30 Stunden.

Rund jede/r vierte Befragte (26 %) investiert in einer durchschnittlichen Woche mindestens 30 Stunden in die Ausübung des Amtes.

Von den befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Bayern gibt eine große Mehrheit an, mindestens 30 Stunden pro Woche für ihr Amt aufzuwenden. Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit mindestens 1.000 Einwohnern investieren deutlich häufiger 30 Stunden und mehr in ihr Amt als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleinerer Gemeinden.

Nicht erwerbstätige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geben dies zudem häufiger an als Befragte, die neben ihrem Amt einem Hauptberuf nachgehen.

Zeitlicher Aufwand für das Amt

Den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes schätzen in einer durchschnittlichen Woche auf (Stunden)

		unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 und mehr
		%	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt		15	18	16	14	11	8	7	11
Ost		17	22	20	13	12	7	4	5
West		13	18	16	14	11	8	8	12
Schleswig-Holstein		16	23	20	18	8	8	4	3
Niedersachsen		18	27	23	12	9	4	4	3
Rheinland-Pfalz		18	23	19	15	11	6	4	4
Bayern		1	0	3	10	15	14	18	38
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	27	28	20	10	6	4	3	2
	1.000 bis unter 2.000	6	13	14	16	15	10	10	16
	mindestens 2.000	5	9	13	15	16	12	11	19
Erwerbstätigkeit:	ja	17	21	17	13	11	7	7	6
	nein	9	13	14	15	13	9	8	19

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Nur gut jede/r dritte Befragte (37 %) gibt an, dass sich das Amt der ehrenamtlichen Bürgermeisterin bzw. des ehrenamtlichen Bürgermeisters in der eigenen Gemeinde (sehr) gut mit Familie und Privatleben sowie dem Hauptberuf vereinbaren lässt.

Fast zwei Drittel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (62 %) bewerten die Vereinbarkeit des Amts mit Familie, Privatleben und Hauptberuf als weniger gut oder schlecht.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein (47 %) und Niedersachsen (46 %) geben deutlich als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz (33 %) und Bayern (27 %) an, dass sich ihr Amt gut mit Familie, Privatleben und Hauptberuf vereinbaren lasse. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern sagen dies zudem häufiger als die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister etwas „größerer“ Gemeinden.

Je mehr Zeit die Befragten wöchentlich für ihr Amt aufwenden (müssen), desto schlechter bewerten sie tendenziell dessen Vereinbarkeit mit Beruf und Privatleben.

Ob jemand neben dem Amt des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin auch noch erwerbstätig ist oder nicht, hat hingegen auf die Einschätzungen zur Vereinbarkeit keinen größeren Einfluss.

Vereinbarkeit des Amtes mit Familie, Privatleben und Hauptberuf

Das Amt lässt sich mit Familie und Privatleben sowie dem Hauptberuf vereinbaren

		sehr gut	gut	weniger gut	überhaupt nicht gut
		%	%	%	%
insgesamt		3	34	49	13
Ost		5	36	49	9
West		3	33	49	14
Schleswig-Holstein		4	43	44	9
Niedersachsen		6	40	42	11
Rheinland-Pfalz		2	31	52	14
Bayern		3	24	52	20
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	4	41	45	10
	1.000 bis unter 2.000	4	28	54	14
	mindestens 2.000	2	29	49	19
Männer		4	34	49	13
Frauen		2	31	48	18
unter 50 Jahre		2	32	50	16
50 bis 59 Jahre		2	32	49	16
60 bis 69 Jahre		4	35	50	11
70 Jahre und älter		8	38	44	10
Erwerbstätigkeit:	ja	2	34	51	13
	nein	5	34	45	15
Zeitlicher Aufwand (Stunden):	unter 10	6	55	36	3
	10 bis unter 20	4	42	46	8
	20 bis unter 30	3	25	57	15
	30 und mehr	2	19	52	26

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

53 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister halten es unter den derzeitigen Bedingungen grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde ehrenamtlich auszuüben.

42 Prozent meinen hingegen, dass Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in ihrer Gemeinde – unter sonst gleichen Rahmenbedingungen – besser hauptamtlich tätig sein sollten.

Eine ehrenamtliche Ausübung ihres Amtes finden überdurchschnittlich häufig Befragte sinnvoll, die wöchentlich weniger als 20 Stunden für ihr Amt aufwenden (müssen). Auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnenden sind häufiger als der Durchschnitt aller Befragten dieser Meinung.

Eine Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit befürworten insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern (66 %), in Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern (66 %) sowie Befragte, die wöchentlich mindestens 30 Stunden in ihr Amt investieren (70 %).

Ehrenamtliche oder hauptamtliche Tätigkeit?

Unter den derzeitigen Bedingungen in ihrer Gemeinde

		halten es grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin ehrenamtlich auszuüben	sollten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister besser hauptamtlich tätig sein
		%	%
insgesamt		53	42
Ost		53	45
West		54	42
Schleswig-Holstein		72	25
Niedersachsen		65	31
Rheinland-Pfalz		57	38
Bayern		28	66
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	75	21
	1.000 bis unter 2.000	44	52
	mindestens 2.000	29	66
Zeitlicher Aufwand (Stunden):	unter 10	79	16
	10 bis unter 20	68	28
	20 bis unter 30	46	50
	30 und mehr	26	70

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

1.3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum

Die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden gebeten, verschiedene Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu bewerten.

Eine große Mehrheit der Befragten bewertet die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat (81 %) sowie die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung (80 %) als gut oder sogar sehr gut. Jeweils weniger als jede/r Fünfte beurteilt beides eher als schlecht.

Im Hinblick auf ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen, fällt das Meinungsbild unter den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geteilt aus: 51 Prozent bewerten ihre Gestaltungsspielräume als (sehr) gut, 49 Prozent als weniger gut bzw. schlecht.

Die finanzielle Situation der Gemeinde wiederum bewertet nur gut ein Drittel (38 %) als (sehr) gut. Fast zwei Drittel (63 %) beurteilen diese als weniger gut bzw. schlecht.

Mit Abstand am schlechtesten wird die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik bewertet: Nur jede/r Zehnte (10 %) hält diese für (sehr) gut, eine große Mehrheit (88 %) meint, die Unterstützung durch die übergeordneten Politikebenen sei weniger gut bzw. schlecht.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes I

	Die jeweiligen Rahmenbedingungen bewerten als			
	sehr gut %	gut %	weniger gut %	schlecht %
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	32	50	13	3
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	31	49	16	3
Ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen	9	42	35	14
die finanzielle Situation der Gemeinde	6	31	30	33
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	1	10	43	45

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ostdeutschland bewerten die finanzielle Situation ihrer Gemeinde sowie ihre Gestaltungsspielräume im Durchschnitt (noch) etwas schlechter als westdeutsche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz beurteilen die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung, ihre eigenen Gestaltungsspielräume sowie die finanzielle Situation ihrer Gemeinde jeweils schlechter als die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den anderen westdeutschen Bundesländern.

Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern wiederum bewerten die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik deutlich häufiger als ihre Amtskolleginnen und -kollegen in den anderen Bundesländern als gut.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes II

Folgende Rahmenbedingungen bewerten als (sehr) gut:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	81	80	81	85	81	80	81
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	80	79	81	84	89	73	89
ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen	51	46	53	58	64	40	68
die finanzielle Situation der Gemeinde	38	31	39	47	43	32	43
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	10	8	11	8	5	8	22

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung als weniger gut bzw. schlecht bewerten, wurden offen und ohne Vorgaben nach den Gründen für ihre Unzufriedenheit gefragt.

Am häufigsten wird von den mit der Gemeindeverwaltung Unzufriedenen der Kompetenz- bzw. Personalmangel in der Verwaltung genannt (58 %), was z.B. in einer Überlastung der Mitarbeitenden oder langen Bearbeitungszeiten resultiert.

30 Prozent beklagen, dass ihnen seitens der Verwaltung zu wenig Respekt entgegengebracht wird bzw. dass sie nicht ernst genommen werden. Ähnlich viele (28 %) bemängeln die weiter zunehmende Bürokratie.

Eine schwierige Entscheidungsfindung, z.B. durch lange Diskussionen oder Streitigkeiten, nennen 20 Prozent der Befragten als Grund für ihre Unzufriedenheit.

Weitere häufig genannte Kritikpunkte betreffen eine mangelnde Kommunikation bzw. schlechte Erreichbarkeit (16 %), Nachteile durch die Kommunal- und Verwaltungsreform (14 %) sowie die Überforderung der Ehrenamtlichen selbst, z.B. durch die Übernahme von Aufgaben der Verwaltung (14 %).

Gründe für die Unzufriedenheit mit der Gemeindeverwaltung

Aus folgenden Gründen sind mit der Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung unzufrieden:	insgesamt %
Mangel an Kompetenz und Personal in der Verwaltung	58
mangelndes Ansehen/Respekt	30
zunehmende Bürokratie	28
schwierige Entscheidungsfindung	20
mangelnde Kommunikation, schlechte Erreichbarkeit	16
Nachteile durch Kommunal- und Verwaltungsreform	14
Überlastung/Überforderung der Ehrenamtlichen	14
Mangelnde Verbindlichkeit von Absprachen	8
mangelnde Digitalisierung	3
Sonstiges	4

Basis: Befragte, die die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung als weniger gut bzw. schlecht bewerten
offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

1.4 Wichtige Herausforderungen für die Kommunen

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden zunächst offen und ohne Antwortvorgaben um eine Einschätzung gebeten, welche Themen und Probleme sie und ihre Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern werden.

Über die Hälfte der Befragten (56 %) nennt in diesem Zusammenhang Finanzprobleme der Gemeinde – also z.B. fehlende Förderungen, zu hohe Ausgaben oder generell ein Haushaltsdefizit.

Mit einigem Abstand folgen Herausforderungen wie die Infrastruktur (36 %), Schulen, Kindergärten und Kitas (27 %) sowie die Energieversorgung (22 %).

Weitere Themen und Probleme in den Gemeinden, die von mehr als 10 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister genannt werden, sind die zunehmende Bürokratie (17 %), das Thema Wohnraum und Immobilien (16 %), der Personal- bzw. Fachkräftemangel (13 %), Klimawandel und Klimaschutz (13 %) sowie der demografische Wandel (12 %).

Die größten Herausforderungen für die eigene Gemeinde in den nächsten Jahren

Folgende Themen und Probleme werden die Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern:

insgesamt

	%
Finanzen, Finanzielle Probleme	56
Infrastruktur	36
Schulen/Kindergärten/Kitas	27
Energieversorgung	22
Bürokratie	17
Wohnraum/Immobilien	16
Personal-/Fachkräftemangel (auch in der Verwaltung)	13
Klimawandel/ Klimaschutz	13
Demografischer Wandel	12
Geflüchtete/Einwanderung/Integration	8
Feuerwehr	5
Politische Entfremdung und Radikalisierung	4
Digitalisierung/Modernisierung	3
Medizinische Versorgung	3
Verhalten der Menschen zueinander	3
Unternehmensansiedlung	2
Entwicklung des Tourismus	1

offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

Anschließend wurden den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern konkrete Themen vorgelegt mit der Bitte einzuschätzen, inwieweit diese in den kommenden Jahren eine Herausforderung für ihre Gemeinde darstellen werden.

Mit Abstand am häufigsten meinen die Befragten, dass die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende (89 %) sowie fehlende Haushaltsmittel (86 %) ihre Gemeinde in den kommenden Jahren vor (sehr) große Herausforderungen stellen werden.

Drei Viertel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehen auch im Erhalt der Wirtschaftskraft (77 %) und zwei Drittel im demographischen Wandel (66 %) sowie im Fachkräftemangel (65 %) eine große Herausforderung für die eigene Gemeinde.

Auch die Aufnahme von Geflüchteten sieht über die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (58 %) als (sehr) große Herausforderung für ihre Kommune.

Dass die Wahrung der lokalen Identität sowie die Wohnungsknappheit (jeweils 51 %) größere Herausforderungen für ihre Gemeinde darstellen werden, meint jeweils die Hälfte der Befragten.

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen I

Die jeweiligen Themen werden in den kommenden Jahren für die eigene Gemeinde eine

	sehr große Herausforderung %	große Herausforderung %	weniger große Herausforderung %	keine große Herausforderung %
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	49	40	8	2
fehlende Haushaltsmittel	56	30	11	3
Wirtschaftskraft	29	49	19	3
der demographische Wandel	19	47	30	4
Fachkräftemangel	22	43	28	5
Aufnahme von Geflüchteten	28	30	31	8
die Wahrung der lokalen Identität	14	37	39	9
Wohnungsknappheit	16	35	39	9
soziale Ungleichheit	10	33	48	8
Vereinsamung	8	33	48	10
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	10	29	44	15
Strukturwandel, Abwanderung	8	28	47	17
Rechtsradikalismus, Reichsbürger o.ä.	10	25	43	21

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Etwa 40 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister halten eine soziale Ungleichheit (43 %), Vereinsamung (40 %) und die Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde (39 %) für größere Herausforderungen.

Jeweils ein Drittel benennt Strukturwandel bzw. Abwanderung (35 %) sowie Rechtsradikalismus bzw. Reichsbürger (35 %) als große Herausforderungen in der eigenen Gemeinde für die kommenden Jahre.

In der Aufnahme von Geflüchteten und in der Wohnungsknappheit werden deutlich häufiger von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Westdeutschland als in Ostdeutschland als größere Probleme für die Zukunft benannt.

Insbesondere die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein und Bayern sehen beide Bereiche für die Zukunft als großes Problem.

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen II

Folgende Themen werden in den kommenden Jahren für ihre Gemeinde eine (sehr) große Herausforderung:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	89	92	89	96	90	86	89
fehlende Haushaltsmittel	86	92	84	78	87	83	90
Wirtschaftskraft	77	85	76	66	80	76	79
der demographische Wandel	66	64	66	61	64	65	74
Fachkräftemangel	65	62	66	60	71	60	78
Aufnahme von Geflüchteten	58	37	63	78	54	52	76
die Wahrung der lokalen Identität	51	52	51	49	51	55	45
Wohnungsknappheit	51	36	54	66	46	47	64
soziale Ungleichheit	43	44	43	40	45	43	45
Vereinsamung	40	38	41	33	43	43	41
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	39	40	39	23	39	42	43
Strukturwandel, Abwanderung	35	43	33	26	35	36	32
Rechtsradikalismus, Reichsbürger o.ä.	35	35	35	29	44	34	37

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wurden anschließend um eine Einschätzung gebeten, in welchen Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur sie in ihrer Gemeinde in den kommenden Jahren besonderen Investitionsbedarf sehen.

Am häufigsten meinen die Befragten, dass künftig dringend in Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege) (67 %) sowie in Kindertagesstätten (60 %) investiert werden müsste.

Jede/r zweite Befragte meint dies auch von der Feuerwehr bzw. dem Fuhrpark (51 %), dem Bereich der digitalen Infrastruktur und der Kommunikation (48 %) sowie von Orten für Begegnung und Austausch (z.B. Begegnungszentrum, Kulturhaus, Gemeindezentrum) (48 %).

Zwischen 38 und 43 Prozent sehen besonderen Investitionsbedarf in den Bereichen medizinische Versorgung (43 %), Schulen und Bildungseinrichtungen (41 %), der Energie- und Wasserversorgung (40 %), dem öffentlichen Personennahverkehr (39 %) sowie bei der Leistungsfähigkeit der Verwaltung (38 %).

Wo besteht künftig der größte Investitionsbedarf vor Ort?

In folgenden Bereichen müsste in ihrer Gemeinde in den nächsten Jahren besonders dringend investiert werden:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege)	67	75	65	72	75	60	65
Kindertagesstätten	60	51	63	61	61	63	63
Unterhalt Feuerwehr, Fuhrpark	51	74	46	67	42	30	62
digitale Infrastruktur und Kommunikation	48	49	48	23	53	53	53
Orte für Begegnung und Austausch (z.B. Begegnungszentrum, Kulturhaus, Gemeindezentrum)	48	52	46	51	47	49	39
medizinische Versorgung	43	41	43	30	45	53	33
Schulen, Bildungseinrichtungen	41	37	42	57	47	29	52
Energie- und Wasserversorgung	40	32	42	45	35	32	62
öffentlicher Personennahverkehr	39	46	38	37	59	32	39
Leistungsfähigkeit der Verwaltung	38	49	35	30	36	37	35
Freizeit- und Sporteinrichtungen, Bäder	32	44	29	36	38	28	22
Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen	30	25	31	23	34	32	34
Katastrophenschutz	28	29	27	30	25	27	27
Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling)	21	16	22	30	12	8	50
Polizei	5	6	5	7	6	7	1

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Etwas seltener meinen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass in ihrer Gemeinde insbesondere in Freizeit- und Sporteinrichtungen bzw. Bäder (32 %), Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen (30 %), den Katastrophenschutz (28 %) oder Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling) (21 %) investiert werden müsste.

Nur einzelne Befragte nennen in diesem Zusammenhang die Polizei (5 %).

Einige Bereiche der Infrastruktur werden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in einzelnen Regionen besonders häufig genannt – so z.B. der öffentliche Personennahverkehr in Niedersachsen oder die Energie- und Wasserversorgung sowie die Entsorgungseinrichtungen in Bayern.

1.5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort

Im Folgenden wurden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister um eine Einschätzung zur gesellschaftlichen Stimmung in ihrer Gemeinde und dem Verhältnis zwischen der Kommunalpolitik und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gebeten.

Nahezu alle befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (93 %) sind der Meinung, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung hat.

Eine sehr große Mehrheit (81 %) ist ebenfalls der Ansicht, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidungen Verständnis haben – auch wenn einige Gruppen damit nicht zufrieden sind.

Gleichzeitig berichten fast zwei Drittel der Befragten (61 %), dass sich unter den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend Unmut und Unzufriedenheit verbreitet.

Dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich für das politische Geschehen vor Ort interessiert, meint die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (50 %).

17 Prozent berichten, dass es in ihrer Gemeinde vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen gibt.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort I

	Die jeweiligen Aussagen treffen auf ihre Gemeinde zu			
	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung.	26	67	5	0
Für notwendige politische Entscheidungen haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Verständnis – auch wenn einige Bürgergruppen damit nicht zufrieden sind.	16	65	15	3
Unter den Bürgerinnen und Bürgern verbreitet sich zunehmend Unmut und Unzufriedenheit.	21	40	35	4
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger interessiert sich für das politische Geschehen vor Ort.	6	44	46	4
In meiner Gemeinde gibt es vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen.	2	15	59	23

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Gewisse Unterschiede zeigen sich beim gesellschaftlichen „Lagebild“ vor Ort durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zwischen Ost und West: So geben in den Gemeinden in Ostdeutschland weniger als im Westen an, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidungen Verständnis hätten, während wiederum deutlich mehr als im Westen von zunehmendem Unmut der Bürgerinnen und Bürger berichten.

Höher als in Westdeutschland ist unter den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Osten auch der Anteil derer, die vermehrt demokratiefeindlichen Tendenzen in ihrer Gemeinde wahrnehmen.

Von zunehmendem Unmut unter den Bürgerinnen und Bürgern berichten Amtsträgerinnen und Amtsträger in Rheinland-Pfalz und Bayern etwas häufiger als diejenigen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern wiederum teilen am häufigsten die Einschätzung, dass die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Gemeinde sich für das politische Geschehen vor Ort interessiert.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort II

Folgende Aussagen treffen auf ihre Gemeinde voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung.	93	92	93	98	94	90	96
Für notwendige politische Entscheidungen haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Verständnis - auch wenn einige Bürgergruppen damit nicht zufrieden sind.	81	67	84	87	87	81	85
Unter den Bürgerinnen und Bürgern verbreitet sich zunehmend Unmut und Unzufriedenheit.	61	82	56	46	47	61	59
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger interessiert sich für das politische Geschehen vor Ort.	50	48	51	46	49	46	62
In meiner Gemeinde gibt es vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen.	17	24	15	7	13	16	21

Wenn es um Maßnahmen oder Vorhaben in ihrer Gemeinde geht, gibt es heute nach Einschätzung von 29 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mehr Proteste und Widerspruch von kleinen Gruppen mit speziellen Interessen als in früheren Jahren.

Dass derartige Proteste abgenommen haben, meinen nur 15 Prozent.

48 Prozent sehen in dieser Frage keine Veränderung.

Dass Proteste und Widerspruch von Kleingruppen mit Partikularinteressen zugenommen hätten, meinen überdurchschnittlich häufig Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern.

Proteste von Gruppen mit Partikularinteressen

Wenn es um Maßnahmen oder Vorhaben in ihrer Gemeinde geht, gibt es heute von kleinen Gruppen mit speziellen Interessen im Vergleich zu früheren Jahren ...

		mehr Proteste und Widerspruch %	weniger Proteste und Widerspruch %	ähnlich viele Proteste und Widerspruch %
insgesamt		29	15	48
Ost		24	19	49
West		30	14	47
Schleswig-Holstein		20	18	51
Niedersachsen		31	16	47
Rheinland-Pfalz		30	12	47
Bayern		37	13	46
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	21	15	51
	1.000 bis unter 2.000	32	15	48
	mindestens 2.000	39	14	42

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

1.6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt

Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden danach gefragt, wie stark sie sich persönlich für ihr Engagement durch verschiedene Gruppen und Akteure anerkannt und wertgeschätzt fühlen.

Eine große Mehrheit der Befragten fühlt sich durch den Gemeinderat (83 %), durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde (83 %) sowie durch die Gemeindeverwaltung (77 %) (sehr) stark wertgeschätzt.

Durch die Medien fühlt sich hingegen nur rund jede/r Vierte (28 %), durch die eigene Landesregierung lediglich jede/r Zehnte (13 %) (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure I

	Durch die jeweiligen Gruppen und Akteure fühlen sich anerkannt und wertgeschätzt			
	sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht
	%	%	%	%
durch den Gemeinderat	30	53	15	1
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	20	63	16	1
durch die Gemeindeverwaltung	25	51	20	2
durch die Medien	2	26	45	21
durch die Landesregierung	2	12	44	37

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz fühlen sich etwas seltener als die Befragten in anderen Regionen durch die Gemeindeverwaltung in ihrer Arbeit anerkannt und wertgeschätzt.

Durch die Landesregierung fühlen sich noch am häufigsten die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern in ihrem Engagement wertgeschätzt.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure II

Durch folgende Akteure fühlen sich (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
durch den Gemeinderat	83	85	83	88	85	82	79
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	83	82	83	87	83	79	87
durch die Gemeindeverwaltung	77	81	76	82	78	67	85
durch die Medien	28	26	28	19	31	28	35
durch die Landesregierung	13	11	14	13	4	10	25

1.7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Im folgenden Teil der Befragung ging es um mögliche Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – z.B. Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Übergriffe oder ihnen geltende Sachbeschädigungen.

40 Prozent der Befragten geben an, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind.

Bei 59 Prozent ist dies noch nicht vorgekommen.

Frauen geben häufiger als Männer an, dass sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihres Amtes beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind.

Zwischen den Gemeinden in Ost- und Westdeutschland zeigen sich in dieser Frage keine Unterschiede.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz und Bayern waren nach eigenen Angaben zudem häufiger betroffen als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Aufgrund ihres Amtes sind sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden

		ja %	nein %
insgesamt		40	59
Ost		41	59
West		40	59
Schleswig-Holstein		29	71
Niedersachsen		28	71
Rheinland-Pfalz		43	55
Bayern		47	53
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	35	65
	1.000 bis unter 2.000	43	57
	mindestens 2.000	46	53
Männer		38	61
Frauen		48	51
unter 50 Jahre		43	56
50 bis 59 Jahre		42	58
60 bis 69 Jahre		40	59
70 Jahre und älter		30	68
Parteimitglied:	ja	44	55
	nein	36	63

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Nur eine Minderheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die bereits Erfahrungen mit Anfeindungen oder Übergriffen gemacht haben, berichtet, dass dies häufig vorgekommen sei.

Bei 83 Prozent der Betroffenen war das (eher) selten der Fall.

Häufigkeit der Anfeindungen und Übergriffe

Dass sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld solche Anfeindungen oder Übergriffe erleben, kommt vor

	sehr häufig %	eher häufig %	eher selten %	sehr selten %
insgesamt	2	15	57	26
Ost	4	16	57	24
West	2	14	57	26
Männer	2	16	56	26
Frauen	2	11	63	24
unter 60 Jahre	3	14	55	28
60 Jahre und älter	1	15	60	23

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die Hälfte (50 %) der von Anfeindungen und Übergriffen betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gibt an, sich dadurch sehr bzw. relativ stark belastet zu fühlen.

Die andere Hälfte (49 %) fühlt sich dadurch weniger oder gar nicht belastet.

Von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeisterinnen geben häufiger an als ihre männlichen Kollegen, sich durch die erfahrenen Beleidigungen, Bedrohungen bzw. Angriffe stark belastet zu fühlen.

Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe

Die Anfeindungen oder Übergriffe belasten

	sehr stark %	relativ stark %	eher weniger %	überhaupt nicht %
insgesamt	12	38	42	7
Ost	11	43	39	7
West	13	37	43	7
Männer	11	37	44	8
Frauen	19	46	33	2
unter 60 Jahre	14	38	39	7
60 Jahre und älter	10	38	46	6

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

13 Prozent aller befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben aus Sorge um ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

85 Prozent haben dies noch nicht getan.

Von denjenigen, die bereits Anfeindungen oder Übergriffe erlebt haben, hat rund jede/r Vierte aufgrund von Sicherheitsbedenken bereits einen Rückzug aus der Politik erwogen.

Rückzug aus der Politik aufgrund von Sicherheitsbedenken?

Aus Sorge um ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie haben schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen

	ja %	nein %
insgesamt	13	85
Ost	16	83
West	13	86
Schleswig-Holstein	7	92
Niedersachsen	10	90
Rheinland-Pfalz	16	83
Bayern	13	84
Männer	13	86
Frauen	16	81
unter 50 Jahre	16	83
50 bis 59 Jahre	15	83
60 bis 69 Jahre	12	87
70 Jahre und älter	9	90
Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt:	ja nein	28 3
		69 96

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

1.8 Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts

Für 44 Prozent der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist dies ihre erste Amtszeit.

30 Prozent befinden sich aktuell in ihrer zweiten, 14 Prozent in ihrer dritten Amtszeit.

13 Prozent sind – ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen – bereits seit mindestens vier Amtszeiten als Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister tätig.

Je älter die Befragten sind, desto mehr Amtszeiten haben sie tendenziell hinter sich: Während sich von den unter 50-Jährigen rund drei Viertel in ihrer ersten Amtszeit befinden, trifft dies nur auf ein Viertel der über 70-jährigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu.

Bisherige Amtsdauer

Ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen sind bereits in ihrem Amt tätig

	eine Amtszeit %	zwei Amtszeiten %	drei Amtszeiten %	vier Amtszeiten und mehr %
insgesamt	44	30	14	13
Ost	47	26	12	14
West	43	30	15	12
Schleswig-Holstein	36	27	20	16
Niedersachsen	36	32	19	13
Rheinland-Pfalz	48	28	11	12
Bayern	41	36	14	8
unter 50 Jahre	73	22	4	1
50 bis 59 Jahre	46	32	13	9
60 bis 69 Jahre	30	31	20	20
70 Jahre und älter	26	31	19	24

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

51 Prozent der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister planen aktuell, bei der nächsten Wahl wieder für das Amt zu kandidieren.

33 Prozent haben das derzeit nicht vor.

16 Prozent sind sich diesbezüglich noch unschlüssig oder möchten keine Angabe machen.

Die Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur ist unter den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die jünger als 60 Jahre sind, sich noch in ihrer ersten Amtszeit befinden, mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes zufrieden sind und bislang keine Beleidigungen bzw. Bedrohungen erfahren haben, deutlich höher als bei den älteren Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen, den mit den Rahmenbedingungen weniger Zufriedenen und denen, die bereits mit Bedrohungen konfrontiert waren.

Erneute Kandidatur bei der nächsten Wahl?

Es haben vor, bei der nächsten Wahl wieder zu kandidieren

		ja	nein	„weiß nicht“/ keine Angabe
		%	%	%
insgesamt		51	33	16
Ost		55	30	15
West		50	34	17
Schleswig-Holstein		38	40	22
Niedersachsen		50	30	20
Rheinland-Pfalz		57	32	11
Bayern		46	34	20
unter 50 Jahre		68	13	19
50 bis 59 Jahre		61	20	19
60 bis 69 Jahre		38	48	14
70 Jahre und älter		28	61	11
Zufriedenheit mit Rahmenbedingungen:	sehr/ eher zufrieden	58	28	15
	eher/ sehr unzufrieden	45	38	17
Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt:	ja	45	38	17
	nein	55	30	16
Amtszeiten:	eine	66	16	18
	zwei	47	39	14
	drei und mehr	31	54	15

Diejenigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die planen, nicht erneut zu kandidieren, wurden offen und ohne Antwortvorgaben nach ihren Gründen gefragt.

Über die Hälfte von ihnen (58 %) begründet ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur mit ihrem (hohen) Alter.

18 Prozent nennen zeitliche Gründe, etwa den generell hohen zeitlichen Aufwand für das Ehrenamt oder dass sie mehr Zeit für ihr Privatleben sowie den Hauptberuf benötigen.

Weitere häufig genannte Gründe sind fehlende Unterstützung und Konflikte (z.B. im Gemeinderat) (13 %), die hohe Belastung und die Anforderungen des Amts (12 %) sowie die mangelnde Wertschätzung ihres Engagements (11 %).

Gründe gegen eine erneute Kandidatur

Aus folgenden Gründen haben nicht vor, bei der nächsten Wahl erneut zu kandidieren:	insgesamt %
Altersgründe	58
zeitliche Gründe	18
fehlende Unterstützung, Konflikte	13
hohe Belastung/Anforderungen	12
mangelnde Wertschätzung, Umgang	11
hoher bürokratischer Aufwand	8
gesundheitliche Gründe	7
wenig Gestaltungsmöglichkeiten	6
Sonstige Gründe	5

Basis: Befragte die bei der nächsten Wahl nicht wieder kandidieren werden
offene Angabe

Unabhängig davon, ob sie selbst erneut kandidieren werden, hat nur eine Minderheit (22 %) der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister grundsätzlich den Eindruck, dass es in ihrer Gemeinde genügend geeignete Interessentinnen bzw. Interessenten für das Amt gibt.

Eine große Mehrheit (71 %) geht davon aus, dass ihre Gemeinde in dieser Hinsicht in Zukunft ein „Nachwuchsproblem“ bekommen wird.

Zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kleinerer und größerer Kommunen sowie den verschiedenen Bundesländern zeigen sich in dieser Einschätzung keine wesentlichen Unterschiede.

Bekommt die Gemeinde ein „Nachwuchsproblem“?

		In ihrer Gemeinde		
		gibt es genügend geeignete Interessenten und Interessentinnen für das Amt	entsteht ein "Nachwuchsproblem"	„weiß nicht“/ keine Angabe
		%	%	%
insgesamt		22	71	7
Ost		28	64	8
West		20	73	7
Schleswig-Holstein		25	73	3
Niedersachsen		18	76	6
Rheinland-Pfalz		16	78	5
Bayern		25	61	15
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	18	77	6
	1.000 bis unter 2.000	25	67	9
	mindestens 2.000	24	69	7

Zum Abschluss der Befragung wurden die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach Möglichkeiten gefragt, wie das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde zukünftig attraktiver gemacht werden könnte.

Zwei Drittel (66 %) der Befragten sind der Ansicht, dass eine bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale) am meisten dazu beitragen könnte, die Attraktivität des Amtes zu steigern. Über die Hälfte der Befragten meint dies auch von größeren individuellen Gestaltungsspielräumen (59 %) und weniger Verwaltungstätigkeiten (52 %).

Etwas weniger als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung (48 %) sowie eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit (43 %) das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde zukünftig attraktiver machen könnten.

Ein gutes Drittel (37 %) meint, dass eine Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit hier am meisten bewirken würde.

Wie könnte das Amt attraktiver werden? I

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amtes zu steigern:	insgesamt	Ost	West	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern
	%	%	%	%	%	%	%
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale)	66	70	65	71	62	63	66
größere individuelle Gestaltungsspielräume	59	64	58	50	47	67	53
weniger Verwaltungstätigkeiten	52	49	52	44	43	58	51
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	48	48	48	46	48	49	49
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	43	34	45	44	48	49	36
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	37	42	36	20	25	33	57
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen)	15	16	15	20	17	18	6
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	11	13	11	6	4	13	14
bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen	3	4	3	1	1	5	1
mehr Unterstützung durch z.B. Verwaltung, Landespolitik etc.	3	2	3	2	1	4	1
mehr Personal	1	0	1	1	1	2	0

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Eher wenige Befragte glauben, dass bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen) (15 %) oder ein besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe (11 %) am meisten dazu beitragen könnten, die Attraktivität des Amtes zu steigern.

Neben den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten nennen einzelne Befragte auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen (3 %), mehr Unterstützung durch Verwaltung oder Landespolitik (3 %) sowie generell mehr Personal (1 %).

Die Einschätzungen, wie das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin attraktiver gemacht werden können, unterscheiden sich regional nicht fundamental voneinander.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern sehen allerdings überdurchschnittlich häufig in der Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit eine wichtige Maßnahme, um das Amt attraktiver zu machen.

Jüngere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter 50 Jahren sind häufiger als der Durchschnitt aller Befragten der Ansicht, dass eine bessere finanzielle Kompensation sowie eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit am meisten dazu beitragen könnten, die Attraktivität des Amtes zu steigern.

Zwischen männlichen und weiblichen Amtsinhabern zeigen sich in dieser Frage keine nennenswerten Unterschiede.

Wie könnte das Amt attraktiver werden? II

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amtes zu steigern:	insgesamt	unter 50 Jahre	50 bis 59 Jahre	60 bis 69 Jahre	70 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungs-pauschale)	66	75	67	64	52
größere individuelle Gestaltungsspielräume	59	55	58	61	64
weniger Verwaltungstätigkeiten	52	49	52	53	55
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	48	51	47	49	44
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	43	56	44	40	26
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	37	44	43	32	23
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen)	15	21	15	13	11
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	11	12	11	11	12
bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen	3	4	3	3	1
mehr Unterstützung durch z.B. Verwaltung, Landespolitik etc.	3	3	3	2	2
mehr Personal	1	1	1	1	1
Sonstiges	1	1	1	1	1

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

2 Zusatzerhebung: Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW

2.1 Struktur der Stichprobe

Auch unter den befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern in Nordrhein-Westfalen finden sich deutlich mehr Männer (83 %) als Frauen (16 %).

Nur wenige Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher sind jünger als 40 Jahre (8 %). 12 Prozent sind 40 bis 49 Jahre, 25 Prozent 50 bis 59 Jahre alt. Über die Hälfte der befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher (55 %) ist mindestens 60 Jahre alt.

Die große Mehrheit der Befragten (83 %) wohnt seit mindestens 20 Jahren in dem Ort, in dem sie Ortsvorsteherin bzw. Ortsvorsteher sind.

Struktur der Stichprobe I: Geschlecht, Alter, Wohndauer im Ort

		%
Geschlecht:	Männer	83
	Frauen	16
	divers	0
Alter:	unter 40 Jahre	8
	40 bis unter 50 Jahre	12
	50 bis unter 60 Jahre	25
	60 bis unter 70 Jahre	38
	70 Jahre und älter	17
Im Ort wohnhaft seit:	unter 5 Jahren	5
	5 bis unter 10 Jahren	4
	10 bis unter 20 Jahren	8
	mindestens 20 Jahren	83

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

10 Prozent der befragten Ortsvorstehenden haben einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss. 26 Prozent haben einen mittleren Bildungsabschluss und insgesamt 62 Prozent Abitur oder einen Hochschulabschluss.

Zwei Drittel (64 %) sind – abgesehen von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Ortsvorsteherin bzw. Ortsvorsteher – erwerbstätig. Ein Drittel (35 %) geht keiner Erwerbstätigkeit nach.

Struktur der Stichprobe II: Bildungsabschluss, Erwerbstätigkeit

		%
Bildungsabschluss:	ohne Haupt-/ Volksschulabschluss	1
	Haupt- oder Volksschulabschluss	10
	Mittlere Reife, Abschluss der Polytechnischen Oberschule	26
	Abitur, Fachhochschulreife	27
	Fach-/Hochschulabschluss	34
	anderer Abschluss	1
Erwerbstätigkeit:	ja, in Vollzeit	53
	ja, in Teilzeit	11
	nein	35
Berufliche Stellung:	Selbstständig, Freiberufler(in)	14
	Beamter/ Beamtin	10
	Angestellte(r)	36
	Arbeiter(in)	2
	Sonstiges	2
	keine	35

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

2.2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes

Die große Mehrheit (80 %) der befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in Nordrhein-Westfalen ist mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit alles in allem zufrieden.

Nur jede/r Fünfte (20 %) gibt an, mit den Rahmenbedingungen eher bzw. sehr unzufrieden zu sein.

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher aus NRW zeigen sich damit im Durchschnitt deutlich zufriedener mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes als das bei den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Fall ist.

Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen des Amtes

Mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit sind derzeit alles in allem

	sehr zufrieden %	eher zufrieden %	eher unzufrieden %	sehr unzufrieden %
insgesamt	16	64	19	1
unter 60 Jahre	15	63	20	2
60 Jahre und älter	18	64	18	1

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Offen und ohne Vorgaben nach ihrer Motivation für das Amt gefragt, nennt die große Mehrheit der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in Nordrhein-Westfalen Aspekte, die unmittelbar mit dem Ort zusammenhängen, dem sie vorstehen: 64 Prozent sagen, dass sie sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen möchten, z.B. indem sie als Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerin fungieren oder den Zusammenhalt fördern.

50 Prozent führen an, dass sie den Ort weiterentwickeln und mitgestalten möchten. 8 Prozent sprechen von ihrer Heimatverbundenheit bzw. Identifikation mit der Gemeinde.

6 Prozent sagen, dass sie (politische) Verantwortung übernehmen möchten. 5 Prozent führen ihr politisches Interesse bzw. ihr Interesse an der Vielfalt der Aufgaben an.

Dass sie generell gern im Kontakt mit Menschen arbeiten, nennen 14 Prozent der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher als Grund für ihr Engagement.

Motivation für das Amt

Die wichtigsten Gründe, sich im Amt zu engagieren, sind:

insgesamt

	%
Einsatz für Mitbürgerinnen und Mitbürger	64
Weiterentwicklung/ Gestaltung (des Ortes)	50
Heimatverbundenheit	8
Verantwortung übernehmen	6
(politisches) Interesse, Vielfalt der Aufgaben	5
Vorbild sein	4
Demokratie stärken	3
der Gesellschaft etwas zurückgeben	2
eigene Eignung, Mangel an alternativen Kandidaten bzw. Kandidatinnen	2
Kontakt zu Menschen, mit Menschen zusammenarbeiten	14
Spaß/Freude allgemein	2

offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 2 Prozent

Die Mehrheit der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher (61 %) schätzt den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes auf unter 10 Stunden in einer durchschnittlichen Woche ein.

32 Prozent der Befragten wenden wöchentlich 10 bis unter 20 Stunden für ihr Amt auf.

Nur sehr wenige Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher (7 %) geben an, dass sie mindestens 20 Stunden pro Woche in die Ausübung des Amtes investieren.

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher sind durch ihr Amt somit im Durchschnitt deutlich weniger zeitlich eingebunden als die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Zeitlicher Aufwand für das Amt

Den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes schätzen in einer durchschnittlichen Woche auf (Stunden)

	unter 5 %	5 bis unter 10 %	10 bis unter 15 %	15 bis unter 20 %	20 bis unter 25 %	25 bis unter 30 %	30 bis unter 35 %	35 bis unter 40 %	40 und mehr %
insgesamt	22	39	25	7	2	2	2	1	0

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Entsprechend bewerten die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher die Vereinbarkeit ihres Amtes mit Familie, Privatleben und Hauptberuf auch deutlich positiver als die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: 71 Prozent geben an, dass sich ihr Amt (sehr) gut mit Familie und Privatleben sowie dem Hauptberuf vereinbaren lässt.

28 Prozent bewerten die Vereinbarkeit als weniger gut bzw. überhaupt nicht gut.

Vereinbarkeit des Amtes mit Familie, Privatleben und Hauptberuf

Das Amt lässt sich mit Familie und Privatleben sowie dem Hauptberuf vereinbaren

	sehr gut %	gut %	weniger gut %	überhaupt nicht gut %
insgesamt	14	57	26	2
unter 60 Jahre	11	59	27	2
60 Jahre und älter	17	55	26	1

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die große Mehrheit (83 %) der Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen hält es unter den derzeitigen Bedingungen grundsätzlich für sinnvoll, ihr Amt ehrenamtlich auszuüben.

Nur 13 Prozent sind der Ansicht, dass Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in ihrer Gemeinde – unter sonst gleichen Rahmenbedingungen – besser hauptamtlich tätig sein sollten.

Ehrenamtliche oder hauptamtliche Tätigkeit?

Unter den derzeitigen Bedingungen in ihrer Gemeinde

	halten grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Ortsvorstehers bzw. der Ortsvorsteherin ehrenamtlich auszuüben %	sollten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher besser hauptamtlich tätig sein %
insgesamt	83	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2.3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum

Auch die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher wurden gebeten, verschiedene Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu beurteilen.

Ähnlich wie bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bewertet eine große Mehrheit der Befragten die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung (82 %) sowie die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat (72 %) als gut oder sogar sehr gut. 18 bzw. 28 Prozent geben hier eine schlechte Bewertung ab.

Ihrer eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen, bewerten 58 Prozent als (sehr) gut. 41 Prozent beurteilen diese als weniger gut bzw. schlecht.

Dass die finanzielle Situation der Gemeinde (sehr) gut ist, gibt weniger als ein Drittel (30 %) der Befragten an. Über zwei Drittel (69 %) beurteilen diese als weniger gut bzw. schlecht.

Auch von den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern wird die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik am schlechtesten bewertet: 18 Prozent halten diese für (sehr) gut, eine große Mehrheit (71 %) für weniger gut bzw. schlecht.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes

	Die jeweiligen Rahmenbedingungen bewerten als			
	sehr gut %	gut %	weniger gut %	schlecht %
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	32	50	15	3
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	10	62	24	4
Ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen	7	51	32	9
die finanzielle Situation der Gemeinde	4	26	38	31
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	0	18	43	28

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, die die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung als weniger gut bzw. schlecht bewerten, wurden offen und ohne Vorgaben nach den Gründen für ihre Unzufriedenheit gefragt.

39 Prozent der Befragten bemängeln einen Kompetenz- oder Personalmangel in der Verwaltung. Ebenfalls 39 Prozent beklagen, dass ihnen zu wenig Respekt seitens der Verwaltung entgegengebracht wird. Eine mangelnde Kommunikation bzw. schlechte Erreichbarkeit wird von 35 Prozent der Befragten genannt.

Weitere genannte Kritikpunkte sind eine schwierige Entscheidungsfindung (17 %), die zunehmende Bürokratie (15 %), die Unverbindlichkeit von Absprachen (15 %) sowie Nachteile durch die Kommunal- und Verwaltungsreform (15 %).

Gründe für Unzufriedenheit mit der Gemeindeverwaltung

Aus folgenden Gründen sind unzufrieden mit der Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung:	insgesamt
	%
Kompetenz- und Personalmangel in der Verwaltung	39
mangelndes Ansehen/Respekt	39
mangelnde Kommunikation, schlechte Erreichbarkeit	35
schwierige Entscheidungsfindung	17
zunehmende Bürokratie	15
Unverbindlichkeit von Absprachen	15
Nachteile durch Kommunal- und Verwaltungsreform	15
Überlastung/Überforderung der Ehrenamtlichen	4
mangelnde Digitalisierung	4

Basis: Befragte, die die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung als weniger gut bzw. schlecht bewerten
offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 4 Prozent

2.4 Wichtige Herausforderungen in den Städten und Gemeinden

Auch die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in Nordrhein-Westfalen wurden offen und ohne Antwortvorgaben gebeten einzuschätzen, welche Themen und Probleme sie und ihre Stadt bzw. Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern werden.

43 Prozent nennen in diesem Zusammenhang Finanzprobleme – also z.B. fehlende Förderungen, zu hohe Ausgaben oder generell ein Haushaltsdefizit. Ebenso viele sehen Probleme und Herausforderungen im Bereich der Infrastruktur (42 %).

Jede/r Dritte führt Probleme im Bereich Migration und Geflüchtete an (32 %).

Weitere Themen und Probleme in den Gemeinden, die von mehr als jeder bzw. jedem Zehnten genannt werden, sind der Bereich Wohnraum bzw. Immobilien (18 %), der Personal- bzw. Fachkräftemangel (15 %), Probleme im Bereich Schule, Kindergärten und Kitas (12 %) sowie der demografische Wandel (11 %).

Die größten Herausforderungen für die eigene Gemeinde in den nächsten Jahren

Folgende Themen und Probleme werden die Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern:

insgesamt

	%
Finanzen	43
Infrastruktur	42
Geflüchtete/Einwanderung/Integration	32
Wohnraum/Immobilien	18
Personal-/Fachkräftemangel (auch in der Verwaltung)	15
Schulen/Kindergärten/Kitas	12
Demografischer Wandel	11
Politische Entfremdung und Radikalisierung	9
Klimawandel/ Klimaschutz	8
Energieversorgung	8
Bürokratie	5
Digitalisierung/Modernisierung	4
Verhalten der Menschen zueinander	4
Unternehmensansiedlung	3
Feuerwehr	2
Medizinische Versorgung	2

offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

Anschließend wurden den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern konkrete Themen vorgelegt mit der Bitte einzuschätzen, inwieweit diese in den kommenden Jahren eine Herausforderung für ihre Gemeinde darstellen werden.

Am häufigsten meinen die Befragten, dass fehlende Haushaltsmittel (91 %), die Aufnahme von Geflüchteten (86 %), die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende (85 %) sowie der demographische Wandel (81 %) ihre Gemeinde in den kommenden Jahren vor (sehr) große Herausforderungen stellen werden.

Drei Viertel der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher sagen dies vom Fachkräftemangel (79 %) sowie dem Erhalt der Wirtschaftskraft (77 %). Die Wohnungsknappheit (67 %), Rechtsradikalismus bzw. Reichsbürger (60 %), die Wahrung der lokalen Identität (58 %) sowie Vereinsamung (56 %) sieht ebenfalls über die Hälfte der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher als (sehr) große Zukunftsherausforderungen bei ihnen vor Ort.

Etwa die Hälfte der Befragten sagt dies über die soziale Ungleichheit (52 %), die Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde (48 %) sowie von Strukturwandel bzw. Abwanderung (47 %).

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen

	Die jeweiligen Themen werden in den kommenden Jahren für ihre Gemeinde eine			
	sehr große Herausforderung	große Herausforderung	weniger große Herausforderung	keine große Herausforderung
	%	%	%	%
fehlende Haushaltsmittel	61	30	6	3
Aufnahme von Geflüchteten	54	32	11	2
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	38	47	13	2
der demographische Wandel	24	57	18	1
Fachkräftemangel	34	45	19	1
Wirtschaftskraft	25	52	21	1
Wohnungsknappheit	21	46	32	1
Rechtsradikalismus, Reichsbürger o.ä.	21	38	32	8
die Wahrung der lokalen Identität	9	48	34	8
Vereinsamung	11	46	38	5
soziale Ungleichheit	16	36	44	4
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	10	37	42	8
Strukturwandel, Abwanderung	10	37	41	12

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern wurden anschließend um eine Einschätzung gebeten, in welchen Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur sie in ihrer Gemeinde in den kommenden Jahren besonderen Investitionsbedarf sehen.

Am häufigsten meinen die Befragten, dass dringend in Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege) (64 %), in Schulen bzw. Bildungseinrichtungen (58 %), in die digitale Infrastruktur und Kommunikation (56 %) sowie in den öffentlichen Personennahverkehr (54 %) investiert werden müsste.

Rund jede/r zweite Befragte sieht (auch) Investitionsbedarf bei der medizinischen Versorgung (48 %), bei Orten für Begegnung und Austausch sowie bei Kindertagesstätten (jeweils 46 %). Zwischen 36 und 43 Prozent sehen besonderen Investitionsbedarf in den Bereichen Feuerwehr und Fuhrpark (43 %), Leistungsfähigkeit der Verwaltung (42 %), Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen (37 %) sowie Freizeit- und Sporteinrichtungen und Bäder (36 %).

Etwas seltener meinen die Befragten, dass in ihrer Gemeinde insbesondere in den Bereichen Katastrophenschutz (28 %) sowie Energie- und Wasserversorgung (25 %) Investitionsbedarf besteht. Polizei (16 %) sowie Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling) (7 %) werden in diesem Zusammenhang eher selten genannt.

Wo besteht künftig der größte Investitionsbedarf vor Ort?

In folgenden Bereichen müsste in ihrer Gemeinde in den nächsten Jahren besonders dringend investiert werden:	insgesamt %
Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege)	64
Schulen, Bildungseinrichtungen	58
digitale Infrastruktur und Kommunikation	56
öffentlicher Personennahverkehr	54
medizinische Versorgung	48
Orte für Begegnung und Austausch (z.B. Begegnungszentrum, Kulturhaus, Gemeindezentrum)	46
Kindertagesstätten	46
Unterhalt Feuerwehr, Fuhrpark	43
Leistungsfähigkeit der Verwaltung	42
Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen	37
Freizeit- und Sporteinrichtungen, Bäder	36
Katastrophenschutz	28
Energie- und Wasserversorgung	25
Polizei	16
Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling)	7

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

2.5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort

Bezüglich der aktuellen gesellschaftlichen Stimmung in ihrer Stadt bzw. Gemeinde meinen jeweils rund drei Viertel der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidungen Verständnis haben – auch wenn einige Gruppen damit nicht zufrieden sind (75 %) und dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung hat (71 %).

Ebenso viele Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher (70 %) berichten jedoch, dass sich unter den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend Unmut und Unzufriedenheit verbreitet.

Dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich für das politische Geschehen vor Ort interessiert, meint knapp die Hälfte der Befragten.

Jede/r Fünfte (20 %) berichtet von vermehrt demokratiefeindlichen Tendenzen in der Gemeinde.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort

	Die jeweiligen Aussagen treffen auf ihre Gemeinde zu			
	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
Für notwendige politische Entscheidungen haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Verständnis - auch wenn einige Bürgergruppen damit nicht zufrieden sind.	8	67	23	2
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung.	8	63	27	1
Unter den Bürgerinnen und Bürgern verbreitet sich zunehmend Unmut und Unzufriedenheit.	25	45	28	2
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger interessiert sich für das politische Geschehen vor Ort.	4	45	48	3
In meiner Gemeinde gibt es vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen.	2	18	67	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Wenn es um Maßnahmen oder Vorhaben in ihrer Gemeinde geht, gibt es heute nach Einschätzung von 42 Prozent der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher mehr Proteste und Widerspruch von kleinen Gruppen mit speziellen Interessen als in früheren Jahren.

Dass derartige Proteste abgenommen haben, meinen nur 8 Prozent.

45 Prozent sehen in dieser Frage keine Veränderung.

Dass Proteste und Widerspruch von kleinen Gruppen mit Partikularinteressen zugenommen hätten, meinen die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW damit deutlich häufiger als die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Proteste von Gruppen mit Partikularinteressen

Wenn es um Maßnahmen oder Vorhaben in ihrer Gemeinde geht, gibt es heute von kleinen Gruppen mit speziellen Interessen im Vergleich zu früheren Jahren ...

	mehr Proteste und Widerspruch %	weniger Proteste und Widerspruch %	ähnlich viele Proteste und Widerspruch %
insgesamt	42	8	45

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2.6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt

Auch die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher wurden gebeten anzugeben, wie stark sie sich persönlich für ihr Engagement durch verschiedene Gruppen und Akteure anerkannt und wertgeschätzt fühlen.

Eine große Mehrheit der Befragten fühlt sich durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde (82 %), durch die Gemeindeverwaltung (71 %) sowie durch den Gemeinderat (69 %) (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt.

Durch die Medien fühlt sich nur gut jede/r Vierte (29 %), durch die Landesregierung in NRW jede/r Zehnte (13 %) (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure

	Durch die jeweiligen Gruppen und Akteure fühlen sich anerkannt und wertgeschätzt			
	sehr stark %	stark %	weniger stark %	gar nicht %
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	19	63	17	0
durch die Gemeindeverwaltung	18	52	26	3
durch den Gemeinderat	15	54	26	3
durch die Medien	2	27	46	20
durch die Landesregierung	2	11	38	38

2.7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

21 Prozent der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher (und damit deutlich weniger als die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister) geben an, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihres Amtes beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind.

Bei 79 Prozent ist dies noch nicht vorgekommen.

Erfahrung mit Anfeindungen und Übergriffen

Aufgrund ihres Amtes sind sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden

	ja %	nein %
insgesamt	21	79
unter 60 Jahre	23	77
60 Jahre und älter	19	81

Nur eine kleine Minderheit der Betroffenen (8 %) berichtet, dass solche Anfeindungen oder Übergriffe häufig vorkommen.

Bei 92 Prozent war das (eher) selten der Fall.

Häufigkeit der Anfeindungen und Übergriffe

Dass sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld solche Anfeindungen oder Übergriffe erleben, kommt vor

	sehr häufig %	eher häufig %	eher selten %	sehr selten %
insgesamt	0	8	65	27

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Rund ein Drittel (37 %) der von Anfeindungen und Übergriffen betroffenen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher gibt an, sich durch diese sehr bzw. relativ stark belastet zu fühlen.

Zwei Drittel (64 %) fühlen sich durch diese wenig bzw. nicht belastet.

Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe

Die Anfeindungen oder Übergriffe belasten

	sehr stark %	relativ stark %	eher weniger %	überhaupt nicht %
insgesamt	12	25	52	12

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

10 Prozent aller befragten Ortsvorsteherinnen bzw. Ortsvorsteher (10 %) hat aus Sorge um die eigene Sicherheit bzw. die ihrer Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

90 Prozent haben dies noch nicht getan.

Rückzug aus der Politik aus Sorge um die eigene Sicherheit?

Aus Sorge um ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie haben schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen

	ja %	nein %
insgesamt	10	90
unter 60 Jahre	13	87
60 Jahre und älter	7	93

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2.8 Die Zukunft der Ortsvorsteherinnen

Für 42 Prozent der befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher ist dies ihre erste Amtszeit.

22 Prozent befinden sich aktuell in ihrer zweiten, 16 Prozent in ihrer dritten Amtszeit.

19 Prozent sind – ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen – bereits seit mindestens vier Amtszeiten tätig.

Bisherige Amtsdauer

Ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen sind bereits in ihrem Amt tätig

	eine Amtszeit %	zwei Amtszeiten %	drei Amtszeiten %	vier Amtszeiten und mehr %
insgesamt	42	22	16	19
unter 60 Jahre	51	21	13	14
60 Jahre und älter	35	23	19	23

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

63 Prozent der befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher planen derzeit, wieder für das Amt zu kandidieren. 22 Prozent haben das nicht vor.

14 Prozent sind sich diesbezüglich noch unschlüssig oder möchten keine Angabe machen.

Erneute Kandidatur?

Es haben vor, bei der nächsten Wahl wieder zu kandidieren

	ja %	nein %	„weiß nicht“/ keine Angabe %
insgesamt	63	22	14
unter 60 Jahre	75	9	16
60 Jahre und älter	53	34	13

Diejenigen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, die nicht erneut kandidieren möchten, wurden offen und ohne Antwortvorgaben nach ihren Gründen gefragt.

Zwei Drittel (66 %) begründen ihren Verzicht mit ihrem (hohen) Alter.

Weitere genannte Gründe sind fehlende Unterstützung und Konflikte (z.B. im Gemeinderat) (11 %), die hohe Belastung und Anforderungen des Amtes (9 %) sowie zeitliche Gründe (9 %).

Gründe gegen eine erneute Kandidatur

Aus folgenden Gründen haben nicht vor,
wieder als Ortsvorsteher/in anzutreten:

insgesamt

%

	insgesamt
	%
Altersgründe	66
fehlende Unterstützung, Konflikte	11
hohe Belastung/Anforderungen	9
zeitliche Gründe	9
gesundheitliche Gründe	5
mangelnde Wertschätzung, Umgang	4
hoher bürokratischer Aufwand	2
Sonstiges	5
„weiß nicht“/keine Angabe	7

Basis: Befragte die bei der nächsten Wahl nicht wieder kandidieren werden
offene Angabe; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

Unabhängig davon, ob sie selbst erneut kandidieren werden, hat nur eine kleine Minderheit (14 %) der befragten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher grundsätzlich den Eindruck, dass es in ihrer Gemeinde genügend geeignete Interessentinnen bzw. Interessenten für das Amt gibt.

Eine große Mehrheit (81 %) ist hingegen der Ansicht, dass ihre Gemeinde in dieser Hinsicht ein „Nachwuchsproblem“ bekommen wird.

Bekommt die Gemeinde ein „Nachwuchsproblem“?

	In ihrer Gemeinde		
	gibt es genügend geeignete Interessenten und Interessentinnen für das Amt	entsteht ein „Nachwuchsproblem“	„weiß nicht“/ keine Angabe
	%	%	%
insgesamt	14	81	6
unter 60 Jahre	10	85	5
60 Jahre und älter	17	77	6

Zum Abschluss der Befragung wurden auch die ehrenamtlichen Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in Nordrhein-Westfalen nach Möglichkeiten gefragt, wie ihr Amt bei ihnen vor Ort zukünftig attraktiver gemacht werden könnte.

Mit Abstand am häufigsten meinen die Befragten, dass größere individuelle Gestaltungsspielräume (57 %), mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung (53 %) sowie eine bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale) (52 %) das Amt des Ortsvorstehers bzw. der Ortsvorsteherin in ihrer Gemeinde zukünftig attraktiver machen könnten.

Deutlich seltener nennen die Befragten eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit (29 %), bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen) (14 %), die Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit (12 %), weniger Verwaltungstätigkeiten (11 %) oder einen besseren Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe (7 %).

Neben den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten nennen einzelne Befragte auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen (3 %), mehr Unterstützung durch Verwaltung oder Landespolitik (3 %) sowie generell mehr Personal (1 %).

Wie könnte das Amt attraktiver werden?

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amts zu steigern:	insgesamt	unter 60 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%
größere individuelle Gestaltungsspielräume	57	59	55
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	53	56	50
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale)	52	59	47
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	29	43	17
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen)	14	19	9
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	12	19	7
weniger Verwaltungstätigkeiten	11	9	13
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	7	10	5
bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen	3	2	4
mehr Unterstützung durch z.B. Verwaltung, Landespolitik etc.	3	4	3
mehr Personal	1	1	1
Sonstiges	1	1	1

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

3 Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse

Die Sozialstruktur der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Wie auch unter hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern finden sich unter den befragten Ehrenamtlichen deutlich mehr Männer (über 80 Prozent) als Frauen (weniger als 20 Prozent). Knapp die Hälfte der Amtsträgerinnen und Amtsträger ist 60 Jahre oder älter. Auch sind sie stark in ihren Gemeinden verwurzelt: Rund neun von zehn Befragten wohnen seit mindestens 20 Jahren in der Gemeinde, der sie als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin vorstehen.

Zwei Drittel der Befragten sind neben ihrer (zeitintensiven) ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin auch erwerbstätig – und dies überwiegend in Vollzeit.

Die Gesamtzufriedenheit mit den Rahmenbedingungen – ein gespaltenes Bild

Die Hälfte der Befragten ist mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes alles in allem zufrieden. Ebenso viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind mit den Rahmenbedingungen allerdings nicht zufrieden.

Der zeitliche Aufwand für das Ehrenamt ist in der Regel sehr hoch: Die Hälfte der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wendet in einer durchschnittlichen Woche mindestens 20 Arbeitsstunden für ihr Amt auf. Jede/r Vierte investiert sogar mindestens 30 Stunden in die Ausübung des Amtes. Dementsprechend beurteilen auch fast zwei Drittel der Befragten die Vereinbarkeit des Amtes mit Familie, Privatleben und Hauptberuf als schlecht.

Dennoch hält eine knappe Mehrheit der Befragten es unter den derzeitigen Bedingungen grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde ehrenamtlich auszuüben.

Die Motivation der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für ihr Engagement ist auch in hohem Maße ideeller Natur: Das mit Abstand am häufigsten genannte Motiv, ihr Amt auszuüben, ist die Weiterentwicklung und Gestaltung der eigenen Gemeinde, gefolgt vom Einsatz für die Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Ort.

Die strukturellen Rahmenbedingungen – Kooperation vor Ort gut, aber wenig Unterstützung von Land und Bund

Eine große Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bewertet die Kooperation der politischen Gruppen im Gemeinderat sowie die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung positiv. Im Hinblick auf ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen, zeigt sich rund die Hälfte der Befragten zufrieden. Die finanzielle Situation der Gemeinde wiederum beurteilt nur jede/r Dritte als gut.

Große Unzufriedenheit zeigt sich bezüglich der Unterstützung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Landes- und Bundespolitik: Nur jede/r Zehnte hält diese für angemessen.

Wichtigste Herausforderungen für die Kommunen – prekäre Finanzlage und Umsetzung der Energiewende an erster Stelle

Als größte Herausforderungen für ihre Gemeinde in den nächsten Jahren nennen neun von zehn Befragten fehlende Haushaltsmittel sowie die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende. Auch den Erhalt der Wirtschaftskraft, den demographischen Wandel, den Fachkräftemangel sowie die Aufnahme von Geflüchteten betrachtet über die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als große Herausforderungen für ihre Kommune.

Danach gefragt, in welchen konkreten Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur in ihrer Gemeinde in den kommenden Jahren besonderer Investitionsbedarf besteht, nennen rund zwei Drittel der Befragten Verkehrswege sowie Kindertagesstätten. Jede/r Zweite meint zudem, dass dringend in die Feuerwehr, die digitale Infrastruktur und Kommunikation sowie in Orte für Begegnung und Austausch investiert werden sollte.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort – die Mehrheit der Bevölkerung vor Ort hat noch Vertrauen, aber der Unmut nimmt zu

Eine sehr große Mehrheit der Amtsträgerinnen und Amtsträger ist der Ansicht, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung sowie Verständnis für notwendige politische Entscheidungen haben. Diese Einschätzungen decken sich mit den Befunden von Befragungen unter der Bevölkerung, die forsa regelmäßig zu diesen Themenbereichen durchführt.

Die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geht davon aus, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich für das politische Geschehen vor Ort interessiert – auch diese Einschätzung stimmt weitgehend mit von forsa durchgeführten Bevölkerungsbefragungen überein. Beides deutet darauf hin, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den kleinen und sehr kleinen Gemeinden offenbar ein gutes Gespür für die Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben und deren Stimmung durchaus realistisch einschätzen.

Gleichzeitig berichten fast zwei Drittel der Befragten, dass die Unzufriedenheit unter den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zunimmt. Knapp jede/r Fünfte meint sogar, dass es vor Ort vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen gibt.

Dass Proteste und Widerspruch von Kleingruppen mit Partikularinteressen im Vergleich zu früheren Jahren zugenommen haben, meint etwa ein Fünftel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von kleinen Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern. Von denjenigen, die einer Gemeinde mit mindestens 2.000 Einwohnern vorstehen, geben dies doppelt so viele an.

Anerkennung und Wertschätzung im Amt – ein ambivalentes Bild

Während sich eine große Mehrheit der befragten Amtsträgerinnen und Amtsträger durch den Gemeinderat, durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde sowie durch die Gemeindeverwaltung anerkannt und wertgeschätzt fühlt, sagt dies über die Medien nur jede/r vierte Befragte.

Auch in dieser Frage wird erhebliches Verbesserungspotenzial im Hinblick auf die Unterstützung durch die übergeordneten Politikebenen deutlich: Nur jede/r zehnte Befragte fühlt sich durch die eigene Landesregierung anerkannt und wertgeschätzt.

Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Vier von zehn Befragten berichten, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind. Zwar sagen nur wenige der Betroffenen, dass dies „häufig“ vorkommt, jedoch handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit keineswegs um Einzelfälle. Auch fühlt sich die Hälfte der Betroffenen durch die Anfeindungen und Übergriffe stark belastet.

Gut jede/r Zehnte aller Befragten hat aus Sorge um die eigene Sicherheit bzw. die der eigenen Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts – ungewiss

Rund die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister plant aktuell, bei der nächsten Wahl wieder für das Amt zu kandidieren. Diejenigen, die nicht noch einmal antreten möchten, begründen dies in erster Linie mit ihrem fortgeschrittenen Alter. Auch die hohen Anforderungen des Amtes sowie eine mangelnde Unterstützung und Konflikte spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts ist in einer Vielzahl der Kommunen ungewiss: Ist das Durchschnittsalter der Bürgermeisterinnen und Bürger bereits recht hoch (knapp die Hälfte ist 60 Jahre oder älter), geht zudem noch eine große Mehrheit der Befragten davon aus, dass ihre Gemeinde mangels geeigneter Interessentinnen und Interessenten für das Amt künftig ein „Nachwuchsproblem“ bekommen wird.

Um vor diesem Hintergrund das Amt künftig attraktiver für potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten zu gestalten, sind in den Augen der Befragten insbesondere eine bessere finanzielle Kompensation der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, größere individuelle Gestaltungsspielräume sowie eine Reduktion der Verwaltungstätigkeiten – also „weniger Bürokratie“ – erforderlich. Jüngere Befragte unter 50 Jahren sehen neben einer besseren finanziellen Kompensation mehrheitlich auch eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit als besonders geeignete Maßnahme, um die Attraktivität des Amtes zu steigern.

Unterschiede zwischen Ost und West

Unterschiede zwischen den Einschätzungen ost- und westdeutscher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden insbesondere beim gesellschaftlichen „Lagebild“ vor Ort deutlich, das in Ostdeutschland insgesamt problematischer ausfällt: Ostdeutsche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister meinen seltener als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidungen Verständnis hätten. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Osten berichten außerdem häufiger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen von zunehmendem Unmut in der Bevölkerung sowie von einer Zunahme demokratiefeindlicher Tendenzen.

Auch unterscheiden sich die künftigen Herausforderungen ost- und westdeutscher Kommunen: Die Aufnahme von Geflüchteten und die Wohnungsknappheit werden deutlich häufiger von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Westdeutschland als in Ostdeutschland als größere Probleme für die Zukunft benannt. Die Wirtschaftskraft, fehlende Haushaltsmittel sowie Strukturwandel bzw. Abwanderung sehen hingegen die Amtsträgerinnen und Amtsträger in Ostdeutschland etwas häufiger als große Herausforderung.

Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern

Darüber hinaus zeigen sich mitunter deutliche Unterschiede zwischen einzelnen (westdeutschen) Bundesländern. So sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz erheblich unzufriedener mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit insgesamt als der Durchschnitt aller Befragten. Sie beurteilen die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung, ihre Gestaltungsspielräume sowie die finanzielle Situation ihrer Gemeinde besonders negativ. Zudem fühlen sie sich seltener als die Befragten in anderen Bundesländern durch die Gemeindeverwaltung in ihrer Arbeit anerkannt und wertgeschätzt.

In Bayern investieren die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durchschnittlich (noch) mehr Zeit in ihr Amt als in den anderen Ländern. Dementsprechend bewerten sie die Vereinbarkeit des Amtes mit Hauptberuf und Privatleben als besonders schlecht und befürworten mit deutlicher Mehrheit eine Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit. Gleichzeitig sind die Befragten in Bayern insgesamt überdurchschnittlich zufrieden mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes. Vor dem Hintergrund der generell sehr schlecht bewerteten Unterstützung und Wertschätzung durch die Landespolitik fällt die Einschätzung der bayerischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister noch vergleichsweise am positivsten aus.

Amtsträgerinnen und Amtsträger in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit ebenfalls überdurchschnittlich zufrieden. Sie meinen deutlich häufiger als ihre Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz und Bayern, dass sich das Amt gut mit Familie, Privatleben und Hauptberuf vereinbaren lässt und halten es mit großer Mehrheit für sinnvoll, das Amt auch weiterhin ehrenamtlich auszuüben.

Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in Nordrhein-Westfalen sind im Durchschnitt wesentlich zufriedener mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes als die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Sie sind durch ihr Amt weniger zeitlich eingebunden und bewerten dessen Vereinbarkeit mit Familie, Privatleben und Hauptberuf positiver. Entsprechend halten sie es erheblich häufiger als die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter den derzeitigen Bedingungen für sinnvoll, ihr Amt auch künftig ehrenamtlich auszuüben.

Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der beschriebenen Problemlagen vor Ort, die nicht zuletzt auch auf die urbanere Struktur in NRW zurückzuführen sein dürften. So sehen die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW häufiger als die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Aufnahme von Geflüchteten sowie Rechtsradikalismus bzw. Reichsbürger als besonders große Herausforderungen, mit denen ihre Kommune künftig zu tun haben wird. Auch dass Proteste und Widerspruch von kleinen Gruppen mit Partikularinteressen zugenommen haben, meinen die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher in NRW deutlich häufiger als die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.